

Andrea Horváth

Postdemokratie und Globalisierung Zu den Europa-Thesen im Werk von Robert Menasse¹

Die allmähliche Herausbildung der Europäischen Union wird von vielen europäischen Bürgern als eine beeindruckende politische Entwicklung betrachtet. Die Grundlage für diesen Staatenverbund bilden die gemeinsamen Erfahrungen, die Überwindung von Kriegen und Krisen, die uns allen gezeigt haben, dass Europa den Weg zu einer spezifischen Form der supranationalen Organisation gefunden hat. Walter Schilling hat aber darauf aufmerksam gemacht, dass Europa diese Leistung ohne die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der USA nicht hätte schaffen können.² Wenn man die Tendenzen der letzten Jahrzehnte verfolgt, sehe man, dass die Europäische Union immer mehr an der Übertragung von wichtigen Kompetenzen von den Nationalstaaten an die europäischen Institutionen interessiert ist. Das Ziel einer stärkeren Integration und deren Misserfolge hätten sich schon in den Folgen des Vertrags von Lissabon gezeigt, „[d]as Dokument ist nicht Ausdruck der Selbstbestimmung eines europäischen Volkssouveräns [ist], sondern geht auf einen Akt der Fremdbestimmung durch die Mitgliedsstaaten zurück.“³ Da die EU keine selbsttragende Organisation ist, verfügt sie über keine demokratische Legitimation. Auch das Europaparlament sei nicht in der Lage, die fehlenden Voraussetzungen post-nationalen Regierens und eines demokratischen Prozesses auf der europäischen Ebene zu sichern. Die aktuellen Krisen, von der Finanz- und Staatsschuldenkrise bis zur Krise aufgrund der irregulären Zuwanderung von Menschen aus Zentralasien, dem Nahen Osten und Afrika und die gesundheitlich-wirtschaftliche Überwindung der Covid-19-Pandemie führen immer stärker zu wachsendem Widerstand der Bürger in fast allen europäischen Ländern und verstärken die antieuropäischen Haltungen, die das Scheitern des „Europa als

¹ This paper was supported by the János Bolyai Research Scholarship of the Hungarian Academy of Sciences.

² Schilling, 9.

³ Ebd., 9.

Friedenprojekt“ behaupten. Auch wenn in den Medien öfters die Konflikte wegen nationalstaatlicher Interessen angesprochen werden, droht in Europa kein Krieg. Das hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede vor dem Europaparlament am 13. November 2018 betont: „es [wird] zwischen den europäischen Ländern nie wieder Krieg [geben].“⁴ Schon längst gelten andere Kriterien für die Schaffung des Staatenverbundes und die Zufriedenheit der EU-Bürger, und zwar die von positiver wirtschaftlicher Integration und erfolgreichem Binnenmarkte. Doch wächst die Skepsis der Bürger der Europäischen Union, da zahlreiche Konflikte der EU dadurch entstehen, dass einerseits die Europäische Union die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten achten soll, andererseits zur nationalen Identität auch das Recht auf politische Selbstbestimmung gezählt wird. Man kann eindeutig beobachten, dass es zurzeit eine gewisse Re-Nationalisierung in den EU-Ländern gibt, wodurch ein Umbruch in der Europa-Politik entsteht.

Diesen Umbruch in Europa beobachtet man auch in den kultur- und literaturwissenschaftlichen Forschungen der Gegenwart. Wie Michaela Nicole Raß und Kay Wolfinger in ihrem Band *Europa im Umbruch. Identität in Politik, Literatur und Film* feststellen, lassen sich bei diesen Veränderungen zwei miteinander zusammenhängende Schwerpunkte beobachten: einerseits könne man einen wachsenden Rechtsruck in vielen EU-Ländern verfolgen, andererseits könne der steigende Nationalismus zu einer Schwächung der Demokratie und dadurch zu einem möglichen Zerfall der Europäischen Union führen, was die Desintegration der Nationalstaaten mit sich bringen könne.⁵ Zu diesem Problem gehöre auch der Brexit, d. h. der Austritt von Großbritannien aus der EU, dessen Folgen auch eindeutig als Gefahr für die Auflösung der EU interpretiert werden. Die letzten Jahre wenden sich sowohl die Literatur als auch die Kunst den Konflikten und Krisen zu, in denen sich Europa und die Europäische Union befinden. Autoren und Schriftsteller, Fachleute aus der Medienwissenschaft reagieren auf die Umbruchsituation, sowohl die Tagespolitik als auch die Bilder und Traditionen von/über Europa werden befragt und oft in Dystopien konzipiert. Raß und Wolfinger weisen auch auf eine weitere Tendenz hin, in der nicht nur Künstler und Schriftsteller dieselben Fragestellungen und Ängste haben, sondern auch Wissenschaftler aus Geschichtswissenschaft, Soziologie und Politikwissenschaft die politischen Krisen beschreiben und vor einem möglichen Zerfall der Demokratie warnen.

Der Europadiskurs hat sich die letzten Jahre eindeutig verändert, die Traditionen des Europadiskurses wurden durch die politischen Veränderungen, die Krise des Euro und durch die Probleme der Flüchtlingspolitik einerseits neu in Frage gestellt, andererseits wurde gerade trotz der Veränderungen die Intensität des Europa-Diskurses verstärkt und er hat an Komplexität gewonnen.

⁴ Siehe die Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel beim „Friedensforum“ in Paris am 11. November 2018 (Die Welt, 12. Nov. 2018).

⁵ Raß – Wolfinger: Einleitende Gedanken, 3.

Die Idee von Europa bestimmt auch das Gesamtbild, welches die Kultur- und Literaturwissenschaft zeichnet, man spricht von europäischer Literatur, aber es werden darunter auch gemeinsame Werte, Motive einer einheitlichen europäischen Literatur verstanden. Diese Inszenierungen basieren auf dem Europa-Mythos, Europa dient hier als Reflexionsfigur wie zum Beispiel in der Verbindung von Weiblichkeit und Gewalt. Bei dieser kulturellen Konzeption von Europa ist der wichtigste Aspekt, Strategien zu konkretisieren, die die Idee, das Bild von Europa abgrenzen, definieren, indem sie typische europäische Merkmale einer einheitlichen Kultur aufzuzeigen.

Die Frage nach der europäischen Identität stellen mehrere Autoren wie z. B. Yoko Tawada und Hans Magnus Enzensberger. Bei diesen Fragestellungen geht es ebenso um die nationalen Identitäten wie auch um die Aufgaben einer übernationalen europäischen Identität. In diesem Rahmen wird auch die Problematik der Migration thematisiert, indem sowohl die Aneignung einer europäischen Identität als auch die Beschäftigung mit der Frage nach dem „Außereuropäischen“ dargestellt wird. Besonders wird die Auseinandersetzung mit der Alterität in den Texten von Autoren mit Migrationshintergrund aufgenommen.

Ein wichtiger Aspekt des Europa-Diskurses sind Utopien oder Dystopien, die die aktuelle kulturelle oder politische Lage von Europa beschreiben oder kritisieren, oder gerade die Möglichkeiten reflektieren, wie sich die europäische Demokratie, die Krise der Europäischen Union weiter entwickeln kann. Im Rahmen des Europa-Diskurses werden in literarischen Texten (besonders in der französischen Literatur) die Zersetzung der europäischen Identität und das Auseinanderbrechen der Europäischen Union thematisiert, oder es wird – wie im Roman *Germany 2064* von Martin Walker (2016) hingegen – die Gesinnung Deutschlands in der EU beschrieben.

Die Kritik an der Europäischen Union wird nicht nur in politischen-öffentlichen Diskursen thematisiert, sondern immer mehr Werke thematisieren das Demokratiedefizit und die Bürokratisierung in der EU. Schon der EU-kritische Essay von Hans Magnus Enzensberger *Sanftes Monster Brüssel oder Die Entmündigung Europas* (2011) setzt sich intensiv mit den Konstruktionen der EU auseinander. Die aktuellen Fragestellungen dieser kritischen Schriften stellen auch die alten Traditionen in Frage und suchen nach einer neuen gesellschaftlichen und politischen Rolle der Intellektuellen bzw. Autoren, die sich die letzten Jahre im politischen Diskurs immer mehr zu Wort melden.

Mit der Tradition der EU-Kritik bricht der österreichische Schriftsteller Robert Menasse, der in seinen Werken der letzten Jahre die Forderung nach einer über- oder post-nationalen europäischen Identität mit der Darstellung von Europa als politischem Konstrukt verbindet. Menasse verfolgt als politisch engagierter Intellektueller intensiv das Schicksal des europäischen Einigungsprojekts. Er hat die letzten Jahre seine Position vom Kritiker zum Unterstützer gewechselt und die Gründe dafür erklärt er in seinem 2012 erschienenen Buchessay *Der europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas oder Warum die geschenkte Demokratie einer erkämpf-*

ten weichen muss (2012). Menasse analysiert die Konstruktions- und Funktionsfehler der europäischen Institutionen von Parlament, Rat und Kommission, und wie Antje Büssgen feststellt, entwirft er die Vision eines postnationalen Europas:

Der Konstruktionsfehler besteht darin, dass die Nationen, deren Macht gebrochen werden sollte, in der Union institutionell mit Macht ausgestattet werden mussten – weil es eben Vertreter von Nationen sind, die sich zur Überwindung von Nationen zusammenfinden müssen. Natürlich ist es, wenn wir an den Beginn zurückdenken, gar nicht anders gegangen: Um eine nachnationale Entwicklung und supranationale Institutionen zu schaffen, mussten zunächst einmal nationale Regierungen dies miteinander beschließen. Nur die Regierungen souveräner demokratischer Staaten hatten die Legitimation, Souveränitätsrechte abzugeben beziehungsweise zu vergemeinschaften. Dazu musste eine Behörde geschaffen werden, in der sich die demokratisch legitimierten Vertreter der Nationalstaaten treffen und nach Spielregeln, die von den nationalen Parlamenten anerkannt werden, ihre gemeinsamen Entscheidungen treffen können. Diese Institution ist der Europäische Rat.⁶

Der Europäische Rat der national gewählten Regierungschefs ist es nun, der Menasse zufolge maßgebliche Verantwortung trägt für die seit Jahren schwelende und unter dem Schlagwort ‚Demokratiedefizit‘ in öffentlichen Debatten verhandelte Krise des europäischen Integrationsprozesses. Seit dem Bankencrash in den USA 2008 und der dadurch ausgelösten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die insbesondere in südeuropäischen Staaten verheerende soziale Folgen zeitigte, hätten sich der Vorwurf des Demokratiedefizits und die sinkende Bereitschaft zu nationalem Souveränitätsverzicht zu einer fundamentalen Legitimationskrise des europäischen Einigungsprojektes ausgewachsen. Die rapide globale Ausdehnung und das katastrophale Ausmaß, das die Wirtschaftskrise in einigen Staaten Europas gewinnen konnte, begreift Menasse weniger als rein ökonomisch verursacht, denn als Resultat von schlecht ausbalancierten nationalen und transnationalen Kompetenzen innerhalb der europäischen Institutionen und damit als Symptom einer Krise der politischen Macht. Ein neuer, den Erfordernissen transnationaler Politik genügender Demokratiebegriff müsse entwickelt werden, so fordert er, um europäische Politik gerade in Krisenzeiten vor den Gefahren des Populismus und damit vor dem Rückfall in nationalstaatliche Begrenzung zu bewahren. Nur so könnte Europa im interkontinentalen, weltweiten Spiel der Mächte und Märkte seine historisch gewachsenen Werte bewahren und politisch glaubwürdig, handlungsfähig und geltungsstark bleiben.

Mit dieser Krisenanalyse stellt Menasse seine Europareflexion in den weiteren Zusammenhang der ökonomischen und kulturellen Globalisierung, was naheliegend und zeitgemäß erscheinen muss angesichts der Tatsache, dass unsere Epoche in den Augen von Soziologen und Politologen schon länger als „globales Zeitalter“ (Martin Albrow) oder als „Zweite Moderne“ (Ulrich Beck) betrachtet wird.

⁶ Menasse/2012, 49. Vgl. auch bei Büssgen, 297.

Robert Menasse startete 2010 mit einem in der „ZEIT“ veröffentlichten Essay zur Krise der EU eine Reihe von Publikationen,⁷ die sein neues Interesse am europäischen Integrationsprojekt signalisierten. Während er die EU-Kommission mit Lob überhäuft, sieht er in seinen Essays das EU-Parlament kritisch. Die Vorbehalte betreffen das Wahlverfahren und die Zusammensetzung, die beide noch zu national geprägt seien.⁸ Ein Skandal sei es, dass „viele Abgeordnete von populistischen Anti-EU-Listen in das Parlament“ gewählt würden. Die Gefahr bestehe, dass es dadurch zum „Zentral-Stammtisch der Anti-Europäer“ werde.⁹ Vernichtend aber fällt Menasses Urteil über den Europäischen Rat aus, in dem die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsnationen vertreten sind. Sie sieht er als die Zerstörer des europäischen Einheitsprojekts. Anders als bei Kommission und Parlament handle es sich hier nicht um eine supranationale Institution. Die „demokratische Legitimation“ des Europäischen Rats sei „bloße Chimäre“, da die „Regierungschefs“ in „nationalen Wahlen“ an die Macht gekommen seien, bei denen Erwägungen über die Kompetenz, „supranationale Entscheidungen“¹⁰ zu treffen, keine Rolle gespielt hätten. Diese Institution verteidigte nichts als „nationale Interessen“.¹¹ Im Grunde sei der Vertrag von Lissabon, der 2009 in Kraft trat, ein „sanfte[r] Putsch der Nationalisten“ gewesen. Mit diesem Dokument sei „die Macht des [Europäischen] Rats massiv erhöht“ worden.¹² Aber sind die intergouvernementalen Diskussionen und Beschlussfassungen im Europäischen Rat nicht auch als „europäisch“ zu bezeichnen?

Lützelers fragt zu Recht nach der Ursache, warum Menasse eines der ältesten Organe in Brüssel-Europa ignoriert, den Rat der Europäischen Union, der auch Ministerrat genannt wird?¹³ Aufgrund des Textes lässt sich ohne Zweifel feststellen, dass Menasses Hassobjekt der Europäische Rat ist, also die Gruppe der Regierungschefs der Nationalstaaten. Er führt drei Argumente ein, warum der Rat keinen Teil des Machtssystems der Europäischen Union bilden soll.

Nach Menasse vertreten die im Europäischen Rat versammelten Staatschefs ausschließlich die Interessen ihrer Nationen. Die europäische Bewegung, so Menasse, hat sich die Zerstörung des Nationalismus vorgenommen, und dieses Ziel könne nur erreicht werden, wenn die Nationalstaaten abgeschafft würden. Auch zwischen Nationalismus und nationaler Identität sieht der Autor keinen Unterschied. „Die nationale Identität“ gilt ihm als „eine schäbige Ideologie, die regelmäßig zu Kriegen und Verbrechen wider die Menschlichkeit geführt“¹⁴ habe. Kann man das generell

⁷ Menasse/2010, 49.

⁸ Menasse/2012, 54, 83.

⁹ Ebd., 83.

¹⁰ Ebd., 36.

¹¹ Ebd., 51.

¹² Ebd., 54.

¹³ Lützeler, 20.

¹⁴ Menasse/2012, 64.

über das nationale Selbstverständnis der Bürger, die in den heutigen EU-Staaten leben, noch sagen? Die Europäische Union, so hält Menasse im gleichen Kontext fest, sei ein „Projekt zur Überwindung des Nationalismus und der Nationalstaaten“.15 Dass die europäische Bewegung sich der Überwindung des Nationalismus auf die Fahnen geschrieben hat, ist richtig. Aber haben die Europastrategen mit politischer Verantwortung auch die Abschaffung der Nationalstaaten gewollt? Nationalstaaten können vieles anstreben. Die westeuropäischen Staaten haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg dafür entschieden, ihren Nationalismus zu zähmen und ihre Energien zur Beförderung eines kontinentalen Friedens- und Wirtschaftsjprojekts zu nutzen. Die Montanunion, die EWG, die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Union sind von Nationen gebaut worden. Menasse geht in seiner radikalen Kritik noch weiter, indem er sich vorstellt, dass bei der Auflösung der Nationen die Demokratie, die wir kennen und üben, auch verschwinden soll. Aber niemand weiß, was man mit Menasses vagen Andeutungen zu einer künftigen „transnationalen Demokratie“16 anfangen soll.

Menasse kritisiert auch die Zielsetzungen innerhalb der EU: er würde am liebsten Nationalstaaten durch Regionen ersetzen. Er versteht die „regionale Identität“ als „die Wurzel der europäischen“.17 „Europa“ sei „in Wahrheit ein Europa der Regionen“18 und so möge auch die europäische Volksvertretung „ein Parlament der Regionen“19 werden. Nicht die Nationen, sondern die „Regionen“, so heißt es, sollen „ihre Abgeordneten ins Parlament“ wählen, und dieses wiederum bestimme den „Kommissionspräsidenten“ und die „Kommissare“.20 So würde eine europäische Demokratie entstehen, die den Europäischen Rat mit Nationalismus nicht stören würde.

Wie Büssgen zeigt, plädiert Menasse nicht mehr für die Plausibilität der begrifflichen Parallelisierung der Demokratie, sondern geht im *Europäischen Landboten* von der Reflexion eines neuen, zeitgemäßen und integrationspolitischen Demokratiekonzeptes aus:21

Die überfällige Debatte darüber, wie das europäische Projekt demokratisiert werden könnte und wie eine nachnationale Demokratie schließlich aussehen müsste, scheidet bislang nicht nur daran, dass in den Köpfen der meisten Menschen ‚Demokratie‘ noch immer bloß als nationale Demokratie erfahren und verstanden wird und dass daher ‚Demokratisierung‘ für sie nur die Forderung nach mehr plebiszitärer Demokratie innerhalb der nationalen Demokratie bedeuten kann. Die Debatte kommt auch deshalb nicht in Gang, weil selbst die Kritiker der demokratischen Defizite der EU in der Regel die EU gar nicht für demokratisierbar halten, im Gegenteil: Sie glauben, dass sich ‚demokrati-

15 Ebd., 93.

16 Menasse/2014, 18.

17 Menasse/2012, 88.

18 Ebd., 67.

19 Ebd., 43.

20 Ebd., 87.

21 Büssgen, 316.

ches Engagement‘ nur als Widerstand gegen die EU erweisen könne. Die EU gilt als ein Projekt der Konzerne, ein Projekt des Kapitals.²²

In den Problemen des EU-spezifischen Institutionssystems sieht Menasse auch den Grund für die Finanz- und Wirtschaftskrise. Er geht davon aus, dass die Gründungsidee der europäischen Konstruktion durch die politischen Handlungsträger des Weltkrieges bestimmt worden sei, um „den Nationalismus in einer nachnationalen Entwicklung zu überwinden.“²³ Menasse betont öfters, dass „die damaligen politischen Eliten“²⁴ stark von dem Sterben der Nationalstaaten überzeugt gewesen seien. Einerseits würdigt er die politischen Eliten der Nachkriegszeit, die dieses Projekt realisiert haben, andererseits spricht er von der „historischen List der Vernunft“,²⁵ weil sie bei diesem Plan erst die Integration der europäischen Staaten ökonomisch absichern wollten. Mit dieser Analyse nähert sich Menasse dem Konzept „Regime der Nebenfolgen“ von Beck und Grande, die mit der List der Vernunft für ein kosmopolitisches Europa plädieren:

Europa ist das Gesehene Ungesehene, gewollt Ungewollte – der Masterplan, keinen Masterplan zu haben. Denn nur so (unterstellt man stillschweigend) kann die ‚Idee Europa‘, so vage ihre aktuelle Konkretisierung auch immer sein mag, wirklich werden. [...] Nicht auf offener Bühne, in einem heroischen politischen Akt, entsteht die europäische Gesellschaft, sondern hinter dem Rücken der Akteure, mit der Macht der *Nebenfolgen*. [...] Das Markenzeichen dieser Nebenfolgen-Geschichte Europas ist eine fundamentale Ambivalenz: Auf der einen Seite drückt sich darin eine Art List der Vernunft aus, die es Europa erlaubte, aus dem langen Schatten seiner kriegerischen Geschichte herauszutreten und seine nationale Egozentrik zu relativieren. Auf der anderen Seite ist ein Europa der Nebenfolgen etwas, das aber zugleich die Lebensverhältnisse der Menschen umstülpt und daher einen sich neu formierenden nationalen und ethnischen Widerstand *gegen* Europa provoziert.²⁶

Menasses Anerkennung gilt weiterhin der wirtschaftlichen Grundlegung der Einigungswerks, er stellt aber – wie Büssgen betont – das ganze Institutionengefüge in Frage, wie es die Intention transnationalen Verflechtung verhindere und die friedenssichernde Funktion der Europäischen Union gefährde.²⁷ Gerade aber dieses Institutionsgefüge bringt die Dynamik mit, infolge deren die in den nationalen Mitgliedsstaaten gewählten Staats- und Regierungschefs in einen Konflikt geraten zwischen der Vertretung ihrer nationalen Interessen und den gesamteuropäischen Interessen in Brüssel. Menasse zeigt detailliert, wie gerade in der Finanzkrise solche national determinierte Politik behindert und das Verständnis erschwert. Deshalb ist

²² Menasse/2012, 73.

²³ Ebd., 12, Vgl. auch Büssgen, 317.

²⁴ Menasse/2012, 13.

²⁵ Ebd., 42.

²⁶ Beck – Grande, 60.

²⁷ Büssgen, 319.

es für ihn besonders der Europäische Rat, der die tiefgehende Integration blockiert und dadurch auch für die Finanz- und Wirtschaftskrise mitverantwortlich ist.²⁸ In diesem Sinne lässt es sich feststellen, dass die Finanzkrise nach Menasse eigentlich eine Krise der Institutionen der Europäischen Union ist und es letztendlich um eine politische Krise geht:

Nein, die Krise ist natürlich eine politische Krise, aber sie ist auch nicht die politische Krise eines Mitgliedstaates der EU oder einiger Mitgliedstaaten, sondern sie ist eine politische Krise der Union insgesamt. Sie ist entstanden und zu dieser Größe angewachsen durch die festgefahrene Widersprüchlichkeit im politisch-institutionellen System der EU, und sie kann nur durch eine Weiterentwicklung des politischen Systems der EU, durch eine Bereinigung ihres inneren Widerspruchs, gelöst werden. Die Krise ist eindeutig die Folge der mittlerweile völlig überholten Kompromisse, die in der politischen Verfassung der Union institutionalisiert wurden: Die EU ist ein kühnes, aus historischen Erfahrungen notwendig entstandenes, durch die eigene Geschichte als längste europäische Friedensperiode bereits legitimes Projekt zur Überwindung des Nationalismus und der Nationalstaaten auf diesem Kontinent.²⁹

Wenn man aber Krisen analysiert, werden auch Prognosen und Vorschläge erwartet. Anders als andere EU-Kritiker sieht Menasse die Hoffnung, die Krise zu überwinden. Er stellt der europäischen Politik eine Aufgabe, indem er auf die historische Genese des Systems aufmerksam macht. „Wie entledigt man sich“, so Menasse, „einer Konstruktion, die ursprünglich unvermeidlich und notwendig war und die nur eine vorläufige sein sollte, die aber nur abgeschafft werden kann, wenn die Beteiligten ihrer eigenen Abschaffung zustimmen?“³⁰ Zu seinen Vorschlägen gehört die Abschaffung des Europäischen Rates, was nicht als unmachbar gedeutet werden sollte, sondern eher gerade als Ende der „Politik der Nebenfolgen“ (Beck/Grande) und zu dem sozialen und politischen Frieden in Europa führen könnte. Büssgen beleuchtet aber, dass es für einen sich essayistisch äussernden Intellektuellen ohne politische Praxis sehr riskant ist, aktuelle politische Probleme zu interpretieren. Die belgische Wissenschaftlerin sieht in dieser grenzgängerisch-experimentellen Freiheit im Sinne Adornos „prinzipiell Überinterpretationen“.³¹

Auf jeden Fall kann festgestellt werden, dass Menasses Aufklärungsarbeit und Krisenanalyse den richtigen Weg zu Europa zeigen, indem der Nationalstaat in seiner historisch vertrauten Form überwunden werden und in seiner gesellschaftlichen Ordnungsfunktion von genuin europäischen, transnationalen Strukturen ersetzt werden sollte. Letztendlich scheint Menasses Plädoyer weniger ein Plädoyer für ein *transnationales* denn ein Plädoyer für ein *postnationales* Europa zu sein. Als einzigen

²⁸ Menasse/2012, 37–39.

²⁹ Ebd., 93.

³⁰ Ebd., 57.

³¹ Adorno, 10, vgl. auch Büssgen, 323.

Weg schlägt er „die Flucht nach vorn“ vor, um die Demokratie und den Frieden in unserer globalisierten Welt zu bewahren:

Mit Europa, so wie es ist, verliert der europäische Nationalstaat die demokratische Legitimation, ohne Europa aber die wichtigste Stütze seiner Existenz. Unausbleiblich, dass dann seine Provinzen, Ethnien und Religionsgemeinschaften, die heute schon überall die nationalen Solidaritäten aufkündigen und sich transnational vernetzen, übereinander herfallen. der einzige Ausweg des Nationalstaates aus der Krise, die einzige Rettung, die seiner demokratischen Verfassung in dieser Lage noch bleibt, ist die Flucht nach vorn, der von den ‚Schlüsselvorschriften‘ des Grundgesetzes in Artikel 23 und 24 [...] bereits vorgeschriebene Weg in eine Demokratisierung der fragmentierten und pluralisierten, postnationalen Verfassungsregimes, mit denen wir so oder so, im Guten wie und Bösen und nicht nur in Europa, leben müssen.³²

Literatur

- Adorno, Theodor W.: Der Essay als Form. In: Th. W. Adorno: Noten zur Literatur. Hg. von Rolf Tiedemann. 7. Aufl., Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1998, S. 9–33.
- Beck, Ulrich – Grande, Edgar: Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 2004.
- Brunkhorst, Hauke: Legitimationskrisen. Verfassungsprobleme der Weltgesellschaft. Baden-Baden: Nomos, 2012.
- Büssgen, Antje: Europa nach den Nationen? Das europäische Projekt im Zeitalter von Postdemokratie und Globalisierung. Zu Robert Menasses Europa-Essay „Der europäische Landbote“. In: Tomislav Zelic, Zaneta Sambunjak, Anita Paviv Pintaric (Hg.): Europa? Zur Kulturgeschichte einer Idee. Würzburg: Königshausen & Neumann, 2015.
- Lützel, Paul Michael: Kritik der Kritik. Zu den neueren Europa-Thesen von Robert Menasse. In: Raß – Wolfinger (Hg.), S. 15–34.
- Menasse, Robert: Die demokratische Gefahr. In: Die Zeit, 20. 05. 2010.
- Menasse, Robert: Der europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas oder Warum die geschenkte Demokratie einer erkämpften weichen muss. Wien: Zsolnay, 2012.
- Menasse, Robert: Heimat ist die schönste Utopie. Reden (wir) über Europa. Berlin: Suhrkamp, 2014.
- Raß, Michaela Nicole – Wolfinger, Kay (Hg.): Europa im Umbruch. Identität in Politik, Literatur und Film. Berlin: Metzler, 2020.
- Raß, Michaela Nicole – Wolfinger, Kay: Europa ist überall. Einleitende Gedanken. In: Dies. (Hg.): Europa im Umbruch. Identität in Politik, Literatur und Film. Berlin: Metzler, 2020, S. 3–15.

³² Brunkhorst, 345.

Schilling, Walter: Europa im Umbruch. Ringen um nationale Souveränität und Selbstbestimmung. Stuttgart: ibidem-Verlag, 2020.